

ÜBERBLICK

Melania Trump für Recht auf Abtreibung

(AFP/Edelman)

WASHINGTON. Das kommt überraschend: In ihrem am 8. Oktober erscheinenden Buch „Melania“ soll sich **Melania Trump** klar für das Recht auf

Abtreibung aussprechen. Das berichtet die britische Zeitung „Guardian“. „Das Recht einer Frau einzuschränken, eine ungewollte Schwangerschaft zu beenden, ist dasselbe, wie ihr die Kontrolle über ihren eigenen Körper zu verweigern“, zitiert der „Guardian“ aus dem Buch. Melania Trump stellt sich damit in einem zentralen Wahlkampfthema gegen die Position ihres Mannes Donald Trump im US-Wahlkampf – er will die Entscheidung über Abtreibungsgesetze den einzelnen US-Bundesstaaten überlassen.

Schiff mit 450 Personen an Bord gesunken

GOMA. Ein Schiff mit mehr als 450 Passagieren an Bord ist kurz vor dem Anlegen in der Stadt Goma im Kivu-See in der Demokratischen Republik Kongo gesunken. Die Rettungsarbeiten laufen, offizielle Zahlen über Tote gab es vorerst nicht. Das Schiff war aus der Nachbarprovinz Südkivu in die Stadt Goma nahe der Grenze zu Ruanda gekommen.



Projekte mit oberösterreichischer Unterstützung (OÖN)

Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen „schafft Sicherheit“

LINZ. Die langfristige Bedeutung von Entwicklungspolitik für die globale Sicherheit betonte am Mittwochabend Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) beim „Entwicklungspolitischen Dialog“ des Landes. „Hier in Europa sind wir nur sicher, wenn alle Gesellschaften auf dieser Welt sicher sind und Zukunftsperspektiven haben“, sagte Stelzer.

Oberösterreich wendet aus dem Landesbudget jährlich 2,1 Millionen Euro für Entwicklungszusammenarbeit auf. Damit konnten im Vorjahr 104 Projekte mit Oberösterreichbezug und sechs Auslandseinsätze gefördert werden.

Die „Entwicklungspolitischen Dialoge“ veranstaltet das Land Oberösterreich seit 2005 regelmäßig. Dabei soll das Thema abseits der Tagespolitik diskutiert und in den öffentlichen Blickpunkt geholt werden. Die Impulsreferate am Mittwochabend hielten Botschafter Peter Huber, der für Entwicklungszusammenarbeit zuständige Sektionsleiter des Außenministeriums, sowie Direktor Josef Karl Pelikan, Sonderbeauftragter für Ost- und Zentralasien der UNIDO, der UN-Organisation für industrielle Entwicklung.

„Eine Versöhnung ist immer möglich, wenn es dazu die Bereitschaft gibt“

Humanitäre Hilfe im Libanon leistet die in Linz ansässige „Initiative Christlicher Orient“: Ihr Obmann Slawomir Dadas spricht im OÖN-Interview über die Herausforderungen dabei

VON HERMANN NEUMÜLLER

LINZ/BEIRUT. Die humanitäre Lage im Libanon hat sich in den vergangenen Tagen zugespitzt. Hilfsorganisationen sprechen von „dramatischen Zuständen“. Auch Slawomir Dadas, Obmann des in Linz ansässigen Vereins „Initiative Christlicher Orient“, berichtet im OÖN-Gespräch von der angespannten Situation.

■ OÖNachrichten: Der Libanon hat in den vergangenen Jahren zwischen eineinhalb und zwei Millionen Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Jetzt kommen noch einmal Hunderttausende Binnenflüchtlinge dazu. Warum hat sich die Lage derart zugespitzt?

Slawomir Dadas: Die Lage ist deshalb dramatisch, weil sich die Situation seit der Aufnahme der Syrer vor zehn oder fünfzehn Jahren sehr verändert hat. Damals war der Libanon noch ein vergleichsweise wohlhabendes Land. Jetzt steckt es in einer schweren Wirtschaftskrise. Jetzt sagen die Leute: Wir haben selbst kein Geld. Dazu kommt die Lehre aus Gaza: Die israelische Armee hat dort auch Gebäude mit Flüchtlingen bombardiert, weil niemand so genau sagen kann, ob da nicht auch Kämpfer der Hisbollah darunter sind. Deshalb hat die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, deutlich abgenommen.

■ Ihre Initiative sammelt in erster Linie Spenden. Eine Frage, die sich dabei immer stellt: Was geschieht mit dem Geld und landet es wirklich dort, wo es dringend gebraucht wird?

Wir helfen, wo wir helfen können. Unsere Partner sind etwa christliche Organisationen, zum Beispiel Orden, aber auch einzelne Pfarrer. Was uns auszeichnet: Wir sind ständig in Kontakt mit unseren Partnern und besuchen sie auch regelmäßig, möglichst einmal pro Jahr. Durch diese Nähe können wir



Die Bomben der Israelis sind vor allem eine Bedrohung für die Zivilbevölkerung im Libanon.

Foto: APA/AFP

Zur Person

Foto: Diözese Linz

Slawomir Dadas wurde 1965 in Polen geboren. 1989 kam er nach Linz, wo er 1992 sein Theologiestudium abschloss. 1994 wurde Dadas in Linz zum Priester geweiht. Von 2010 bis 2015 war Dadas Dechant des Dekanats Wels-Stadt, von 2012 bis 2016 Regionaldechant für das Hausruckviertel. Am 17. September 2015 wurde er zum Generaldechant der Diözese Linz gewählt. Im September 2023 ernannte Bischof Manfred Scheuer Dadas zum **Regens des Linzer Priesterseminars** und zum Bischofsvikar für Soziales und Weltkirche.

schnell reagieren. Der Bedarf an Hilfe ist derzeit sehr groß. Wir haben kaum Geld auf dem Konto. Viel näher als wir, das geht fast nicht. Außer man fährt selbst dorthin und baut etwas auf.

■ Was konkret machen Sie?

Wir unterstützen beispielsweise einige christliche Schulen, wo die Kinder und Jugendlichen zumindest einmal am Tag ein warmes Essen bekommen. Wir unterstützen auch einen Pfarrer mit seiner Sozialküche. Dort werden täglich 2000 Mahlzeiten ausgeteilt. Und da kann jeder kommen, nicht nur Christen.

■ Ihre Organisation ist nicht nur im Libanon engagiert. Hat sich jetzt aber der Schwerpunkt Ihrer Arbeit dorthin verlagert?

Wir waren schon immer im Libanon aktiv, aber auch in Syrien und im Nordirak. Wir unterstützen ebenso Projekte in Palästina, etwa in der Region um Bethlehem, also im Westjordanland.

■ Sie sind katholischer Priester. Sehen Sie eine realistische Möglichkeit einer Aussöhnung zwischen Israel und den Palästinensern?

Müssen wir hier in Europa mit noch mehr Flüchtlingen rechnen, wenn sich die Lage nicht entspannt?

Wir haben etwa 30 jungen Menschen in der Region eine ähnliche Frage gestellt – und das waren nicht nur Christen, sondern auch Muslime: „Warum seid ihr noch hier?“ Die Antwort war: „Weil wir unsere Heimat lieben. Hier leben unsere Eltern und Großeltern, die wollen wir nicht in Stich lassen. Wenn wir auch noch gehen, wer soll dann den Menschen hier noch eine Hoffnung geben?“

■ Und die glauben auch an die Möglichkeit einer Aussöhnung?

Die ist möglich, wenn es eine Bereitschaft zur Versöhnung gibt. Ich stamme aus Polen. Dort hat man auch eine Aussöhnung mit Deutschland für möglich gehalten. In den 1950er-Jahren haben die polnischen Bischöfe an die deutschen Bischöfe einen Brief geschrieben, in dem sinngemäß stand: „Wir vergeben euch und bitten auch euch um Vergebung.“ Die Bischöfe in meinem Land wurden anfangs in der Luft zerrissen, aber wie man sieht, gelingt Versöhnung, wenn die Bereitschaft da ist.

CNN: Nasrallah stimmte vor Tod Waffenruhe zu

USA und Frankreich waren angeblich informiert

BEIRUT. Der getötete Hisbollah-Chef **Hassan Nasrallah** hat dem geschäftsführenden libanesischen Außenminister zufolge kurz vor seinem Tod eine Waffenruhe mit Israel gebilligt. „Er hat zugestimmt“, sagte Abdullah Bou Habib dem US-Fernseher CNN.

Der Libanon habe „vollständig zugestimmt“, nachdem der Parlamentsvorsitzende Nabih Berri sich mit der Hisbollah abgesprochen habe. „Wir haben die Amerikaner und die Franzosen informiert“, sagte Habib.

US-Präsident Joe Biden und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatten zu einer 21 Tage langen Waffenruhe zwischen Israel



Foto: APA/AFP/Khameini.ir

und der Hisbollah aufgerufen. Der Forderung schloss sich eine größere Staaten-Gruppe an. Die drei Wochen sollten Raum schaffen für eine diplomatische Lösung des Konflikts sowie im Gaza-Krieg. Die Hisbollah hatte ihre angebliche Zustimmung zu dem Vorschlag selbst nicht öffentlich erklärt.

Die USA und Frankreich hätten mitgeteilt, dass auch Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu der Waffenruhe zugestimmt habe, sagte Habib. „Also haben wir auch die Zustimmung der Hisbollah eingeholt, und Sie wissen, was seitdem passiert ist.“ Israels Armee hatte Nasrallah bei einem Luftangriff getötet.

Israel meldet Tötung ranghoher Hamaskämpfer

Luftangriff erfolgte schon vor drei Monaten

GAZA. Israels Armee hat bei einem Luftangriff im Gazastreifen vor drei Monaten nach eigenen Angaben drei ranghohe Vertreter der radikalislamischen Hamas getötet. Unter den Getöteten sei der damalige Regierungschef der Hamas im Gazastreifen, **Rawhi Mushtaha**, gewesen, teilte die israelische Armee gestern mit. Außerdem seien der Kommandant Sami Oudeh und das Hamas-Politbüro-Mitglied Sameh al-Siraj getötet worden.

Mushtaha sei einer der ranghöchsten Hamas-Funktionäre gewesen und habe „direkten Einfluss auf Entscheidungen“ zum Einsatz von Hamas-Kämpfern gehabt, hieß es in der Erklärung der israelischen



Foto: APA/AFP/Said Khatib

Armee. Im Hamas-Politbüro sei er zudem für Finanzen zuständig gewesen. Siraj sei im Hamas-Politbüro den Angaben zufolge für Sicherheitsfragen verantwortlich gewesen. Oudeh habe die Hamas-Behörde für innere Sicherheit geleitet.

Israelische Kampfflotten hätten die drei Männer in einer unterirdischen Kommandozentrale im Norden des umkämpften Küstengebiets angegriffen, hieß es. Die Hamas bestätigte den Tod der drei Mitglieder bisher nicht. Mitte Juli war auch Hamas-Militärchef Mohammed Deif, einer der Drahtzieher des 7. Oktobers, bei einem Luftangriff im Gazastreifen getötet worden.